

Bildungsministerin stellt sich in Bargtheide den Fragen von Schülern, Eltern und Lehrern. Die CDU-Politikerin hat einen Plan

Filip Schwien

Bargtheide. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien sieht in der Rekrutierung von Nachwuchslehrkräften „die größte Herausforderung in der Bildungspolitik für die kommenden Jahre“. Ohne gut ausgebildete Pädagogen werde es nicht möglich sein, die Aufgabenstellungen, vor denen das sich wandelnde Schulsystem stehe, zu bewältigen, sagte die CDU-Politikerin am Dienstagabend bei einer Diskussionsveranstaltung in Bargtheide.

Die sechs Lions-Clubs aus den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg hatten zu dem Format unter dem Motto „Wie sieht die Zukunft unserer Schulen aus?“ ins Ganztagszentrum eingeladen. Schon nach kurzer Zeit kristallisierte sich heraus, welches Thema den Abend dominieren sollte: der dramatische Lehrermangel in einigen Regionen des Landes. Ende Januar hatte das Ministerium mehr als 200 unbesetzte Stellen im nördlichsten Bundesland gemeldet.

Prien betonte, dass Schleswig-Holstein im Vergleich mit anderen Bundesländern bei der Lehrerversorgung gar nicht so schlecht dastehe wie oft dargestellt. „Die Herausforderung liegt darin, die richtigen Lehrkräfte an die richtigen Schulen in den richtigen Regionen zu bringen“, so die CDU-Politikerin. Pädagogen fehlten vor allem an den Grund- und Gemeinschaftsschulen sowie den Förderzentren. „An den Gymnasien stehen wir eher vor dem Problem, dass es in bestimmten Fächern zu wenige Lehrkräfte gibt.“ Betroffen seien insbesondere Naturwissenschaften wie Mathematik, Physik und das neue Pflichtfach Informatik, aber auch Musik.



Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im Gespräch mit Clemens Gause vom Lions-Club Hahnheide.

FILIP SCHWIEN (3)

Lehrermangel: Das will Ministerin Prien tun

„Wir müssen den Lehrerberuf weiter öffnen, und es wird diese Öffnungen geben.“

Karin Prien (CDU), schleswig-holsteinische Bildungsministerin

Fertig ausgebildete Pädagogen zögen zudem bevorzugt in bestimmte Regionen. „Viele Absolventen möchten im Umkreis von 50 Kilometern um ihren Studienort in Flensburg oder Kiel unterrichten“, sagte die Ministerin. Formal könne sie die Lehrkräfte als Beamte zwar versetzen. „Aber in der Realität sagen die Betroffenen dann: Das machst du nicht, sonst gehe ich woanders hin.“

Welche Möglichkeiten bleiben der Politik also, um eine ausreichende Versorgung mit Lehrern überall im Land sicherzustellen? „Einerseits werden wir dazu kommen müssen, besser zu steuern, welche Lehrkräfte an welchen Hochschulen studieren“, sagte Prien. Die Schwierigkeit dabei sei jedoch, dass sich nicht so einfach Vorgaben machen ließen. „Wir können die Bewerber nur ermutigen, und da müssen wir Wege finden“, so die CDU-Politikerin. Außerdem müssten die Lehramtsanwärter besser betreut werden, um die Abbrecherquote zu reduzieren. „Nötig wird es sein, das Grundschulstudium stärker zu

„dualisieren“, sagte Prien. Lehramtsstudenten könnten dann schon vor dem Examen den Schullalltag kennenlernen und im Unterricht eingesetzt werden. Um den Mangel in einzelnen Fächern zu bekämpfen, setzt Prien auf gezielte Fortbildungsangebote für vorhandene Pädagogen. Auf diese Weise sei es gelungen, 200 Lehrkräfte zusätzlich für das Fach Informatik auszubilden. „Wir prüfen zurzeit eine Weiterqualifikation auch für andere Fächer“, sagte die Ministerin. Ziel sei es auch, die zahlreichen Pädagogen, die aus der Ukraine nach Schleswig-Holstein geflohen seien und vielfach bereits als Assistenzlehrer eingesetzt würden, durch Weiterqualifikation dauerhaft im Schuldienst zu halten.

Die Bildungsministerin verwies auf die Schritte, die die Landesregierung bereits in der Vergangenheit unternommen habe, um den Lehrermangel zu bekämpfen. „Wir haben 2019 die Besoldung für Grundschullehrkräfte erhöht, eine Maßnahme, über die in Hessen jetzt erst diskutiert wird“, so Prien. Das Land habe die

Zahl der Studien- und Referendariatsplätze erhöht, sie regelmäßig auf Berufsmessen, um um Nachwuchs zu werben.

„Wir haben die Möglichkeiten für ein Freiwilliges Soziales Jahr an Schulen erweitert, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass junge Menschen, die ein solches absolvieren, mit hoher Wahrscheinlichkeit den Lehrerberuf ergreifen.“ Bei dem sei aber zu bedenken, dass die Maßnahmen erst mittelfristig zu Entlastung führten. „Wenn sich jetzt mehr junge Menschen für ein Lehramtsstudium entscheiden, sind sie erst in sechs bis sieben Jahren an den Schulen“, so Prien.

Vielen der im Publikum Anwesenden, darunter viele Eltern und Lehrer, reichten die Zusagen der Ministerin nicht aus. Susanne Braun-Speck aus Reinfeld, Referentin für digitale Bildung und selbst Mutter, forderte, der Zugang zum Schuldienst für Quer- und Seiteneinsteiger ohne klassisches Lehramtsstudium müsse erleichtert werden. „Wir müssen den Lehrerberuf weiter öffnen, und es wird diese Öffnungen geben“, versicherte Prien. „Ich halte

aber nichts davon, in großem Maße Personen einzustellen, die nicht über die notwendige Qualifikation verfügen“, stellte die CDU-Politikerin klar. Es gehe nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität.

Kommunen fordern mehr Geld für Schulsozialarbeit

Mehrfach wurde der Wunsch nach mehr Unterstützung für die Lehrkräfte im Schullalltag geäußert. „Wir brauchen Entlastungsmöglichkeiten“, appellierte etwa Andres Zacharias-Langhans, Mittelstufenleiter am Kopernikus-Gymnasium in Bargtheide. „Ich mache meinen Job wirklich gern“, sagte er, „aber viele Dinge, die wir als Lehrer übernehmen müssen, gehen inzwischen über die normalen Arbeitsanforderungen hinaus“.

Dagmar Danke-Bayer, Stadtverordnete der Grünen in Bad Oldesloe, forderte, das Land müsse sich stärker an der Schaffung und Finanzierung zusätzlicher Stellen für die Schulsozialarbeit beteiligen. „Viele Lehrer sind überlastet, weil sie Aufgaben

übernehmen, für die sie nicht ausgebildet sind“, sagte die Politikerin, die dem Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss der Kreisstadt angehört. „Die Schule ist für viele Kinder auch am Nachmittag zum Lebensmittelpunkt geworden, das können die Lehrer nicht auffangen“, betonte sie und ergänzte: „Die Schulleiter kommen auf Knien zu uns und bitten um weitere Stellen.“

Bei der Finanzierung sieht Danke-Bayer das Land in der Pflicht. „Wir können das als Kommune allein nicht wuppen“, sagte sie und rechnete vor, dass Bad Oldesloe im laufenden Schuljahr für 15 Schulsozialarbeiter rund 644.000 Euro ausgegeben habe. „Von Kreis und Land haben wir nur etwas mehr als 87.000 Euro bekommen“, so Danke-Bayer. 2021 hatten sich bereits mehr als 150 Städte und Gemeinden mit einer gemeinsamen Resolution an die Landesregierung gewandt und Unterstützung verlangt.

Der Forderung nach mehr Geld erteilte Prien jedoch eine Absage. „In der Sache, dass wir mehr Schulsozialarbeit benö-

gen, bin ich Ihrer Meinung“, sagte die Ministerin. Das Land habe aber vor allem die Aufgabe, die Versorgung mit Lehrkräften sicherzustellen, und die sei bereits ein Kraftakt. „Alles andere fällt unter die Zuständigkeit der Schulträger“, so Prien, die „keine Hoffnungen wecken“ wollte, dass finanziell mehr vom Land zu erwarten ist.

Schulen sollen mehr Freiraum bei der Unterrichtsgestaltung bekommen

Bei der umfangreichen Debatte zum Lehrermangel blieb wenig Zeit für andere Themen. Kurz skizzierte die Bildungsministerin die anderen, aus ihrer Sicht, drängenden Herausforderungen für das Schulsystem. Um den Rückstand infolge der Schulschließungen aufzuholen, werde die Landesregierung weitere 29 Millionen Euro für das Programm „Aufholen nach Corona“ bereit stellen. Jüngste Studien hätten gezeigt, dass die Leistungsstände in Deutsch, Mathematik und Englisch unter den Viertklässlern sich weiter verschlechtert hätten. „Eine dramatische Entwicklung, die ich so nicht hinnehmen werde“, sagte Prien. Um dem entgegenzuwirken, möchte die CDU-Politikerin zu dem künftig verstärkt Kitas und Eltern ins Boot holen.

Um auf das sich wandelnde Schulsystem zu reagieren, möchte die Landesregierung den Schulen ab dem Jahr 2024/25 mehr Freiraum und Unterstützung zur Erprobung innovativer Unterrichtsformen erhalten. Die rechtliche Grundlage dazu soll, nach dem Vorbild Dänemarks, eine sogenannte Experimentierklausel schaffen. Und zuletzt versprach Prien auch, die Digitalisierung der Schulen weiter voranzutreiben.



Dagmar Danke-Bayer, Stadtverordnete der Grünen in Bad Oldesloe, fordert mehr finanzielle Unterstützung für die Schulsozialarbeit.



Andres Zacharias-Langhans, Mittelstufenleiter am Kopernikus-Gymnasium in Bargtheide, wünscht sich, dass Lehrer stärker entlastet werden.

Muss Villa Wacker Parkhaus und Sozialwohnungen weichen?

Verwaltungsvorlage für einen Architektenwettbewerb führt zu neuer Kontroverse um Nutzung der historischen Parkanlage

Bargtheide. Nach der Besetzung der Villa Wacker durch Mitglieder der Initiative Jugend für Jugend (JJ) am 7. Oktober 2022 lag das Areal nahe dem Bahnhof Bargtheide zuletzt wieder abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das hat sich spätestens seit einer Verwaltungsvorlage für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 23. Februar, ab 18.30 Uhr im Ratssaal geändert. Plötzlich soll das Gremium über die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs befinden, um mögliche Optionen für eine künftige Nutzung des Terrains ausloten zu können.

„Wir finden das sehr irritierend. Unsere Sorge ist, dass die Villa jetzt in einem Hausrückverfahren abgerissen wird und auch viele Bäume gefällt werden“, erklärte Grünen-Fraktionschefin Ruth Kastner bei

einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, an der auch Vertreter der Initiative Bargtheide Zero und der Bürgerinitiative Basta (BIB) teilnahmen. „Wir haben den Eindruck, hier sollen nun auf die Schnelle Fakten geschaffen werden, ohne dass vorbereitende Untersuchungen abgeschlossen sind“, äußerte sich Tom Mac Arthur, Sprecher von Bargtheide Zero.

Stadt hat das Areal bereits 2013 erworben

Seit Jahren wird erbitert über den Erhalt des 1934 von der Arztfamilie Hensen erbauten Gebäudes im sogenannten Krähenwald gestritten. Die Stadt hatte das gesamte Areal 2013 erworben und die Bestandsimmobilie zugleich als „Abrisshaus“ eingestuft. Stattdessen sollten in der

ehemaligen Parkanlage ein Parkdeck und drei mehrgeschöckige Wohnblöcke entstehen.

Nach Vorlage eines entsprechenden Entwurfs regte sich aber umgehend Widerstand. Innerhalb kurzer Zeit hatte die Bürgerinitiative Basta mehr als 1000 Unterschriften für den Erhalt des historischen Ensembles gesammelt. 2018 ist das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans dann ausgesetzt und seitdem nicht wieder aufgenommen worden.

Um Leerstand zu vermeiden, hatte die Stadtverwaltung die alte Villa und deren Nebengebäude dem Verein Bunte Vielfalt und den Sozialarbeitern der Hilfsorganisation tohus in Form einer Duldung überlassen, als Fahrradwerkstatt, Club-, Beratungs- und Lagerräume. Allerdings ohne

dauerhafte Zusagen und das Aufzeigen von Perspektiven.

Zugespielt hatte sich die Debatte um die Zukunft des Komplexes erst durch Wassereintritt massive Schimmelbefall infolge eines verstopften Siels, dann durch Begehrlichkeiten der Initiative Jugend für Jugend. Seitdem sieht sich die Stadtverwaltung zu einer Entscheidung gedrängt, wie mit dem Terrain weiter umgegangen werden soll.

„Jetzt mit einem Architektenwettbewerb in die Offensive zu gehen halten wir jedenfalls nicht für den richtigen Weg“, sagt Grünen-Chefin Kastner. Aus Sicht ihrer Fraktion müssten vorerst mal der Klimaaktionsplan und der Landschaftsplan für Bargtheide, eine Bauzustandsanalyse der Villa und eine Umweltverträ-

glichkeitsprüfung vorgelegt werden, bevor eine Überplanung des Areals anstehe.

Bargtheide Zero sieht sogar das laufende Verfahren zur Städtebauförderung in Gefahr, sollte das Sanierungsobjekt Villa Wacker hinfallen sein.

Areal soll als „grüne Lunge der Stadt“ erhalten bleiben

„Das Bahnhofsumfeld ist eines der drei Fokusgebiete, deshalb sollte die Faktenlage zuvor umfassend abgeklärt werden“, betont Mac Arthur. Umwelt- und Klimaschutzbelange gegen sozialen Wohnungsbau auszuspielen sei in der Bargtheider Kommunalpolitik Praxis, nun offenbar auch im Falle des Areals An den Stücken. Geht es nach der BIB, die sich seit vielen Jahren für die Erhaltung des Krähen-

des Hochzeitswalds einsetzt, soll das Wacker-Areal als grüne Lunge der Stadt und damit als Erholungs- und Rückzugsort für die Bürger erhalten bleiben. „Es ist nicht hinnehmbar, dass dort 70, zum Teil 100 Jahre alte Buchen gefällt werden und die nistende Krähenpopulation vergrämt wird“, gibt sich Lutz Hansen, Sprecher der Initiative, kämpferisch.

Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über das weitere Vorgehen spielt laut Bürgermeisterin Gabriele Hettwer (parteilos) eine Prüfung durch die obere Denkmalschutzbehörde des Landes. Die war am 19. Januar vor Ort. „Ein Ergebnis liegt uns bislang aber noch nicht vor“, so Hettwer. Insofern gebe es mitnichten irgendeine Festlegung zum Fortbestand der Villa oder deren Abriss. ltk